



MSP AB WÜ MIL

NEUES aus Gemünden* & Berlin

* Sitz meines Wahlkreisbüros

INHALT

- 2 Herzlichen Glückwunsch allen Gewählten
- 3 Vor Ort: Unterwegs mit Verena Bentele in Würzburg und Gemünden
- 5 Auf ein Wort: Meine ersten 100 Tage
- 7 Vor Ort: im AKW, im Hafen, bei einer IT-Firma und in Lohr
- 8 Aus dem Parlament: Girls´ Day und Equal Pay Day
- 9 Aus dem Parlament: Ende der Kopfpauschale und Beginn der Mietpreisbremse

Herzlichen Glückwunsch

Die nun endgültig beendete Kommunalwahl hatte für uns alle Licht und Schatten zu bieten. Überraschende, überwältigende Siege gab es genauso wie enttäuschende Niederlagen. Allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern gilt mein herzlichstes Dankeschön. Gratulieren möchte ich insbesondere den neuen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Allen voran Mario Paul, der in Lohr den amtierenden Bürgermeister schon im ersten Wahlgang mit einer Zweidrittelmehrheit aus dem Amt gehoben hat. Das war grandios! Toll auch, dass die CSU einen weiteren Landratsposten in Unterfranken verloren hat. Der Erfolg von Jens Marco Scherf (Grüne) ist - das darf ich an dieser Stelle ruhig auch mal sagen - vor allem ein Verdienst der SPD im Kreis Miltenberg, die ihn nicht nur unterstützt, sondern auch einen Großteil des Wahlkampfes getragen hat. Ohne die SPD kein Landrat Scherf!

KONTAKT

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel.: 09351 6036563
Fax: 09351 6058298
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

ÖZ: Mo-Fr 9-13 Uhr und n.V.

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227-73434
Fax: 030 227-76433
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

Herzlichen Glückwunsch



Kommunalwahlen 2014

An dieser Stelle möchte ich allen neuen und wiedergewählten **Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern** ganz herzlich gratulieren und ihnen allen meine Unterstützung zusagen. Es gab vielerorts Kandidatinnen und Kandidaten, die von der SPD unterstützt wurden, aber uns nicht angehören. Auch sie sind natürlich aufgelistet.

MSP:

Wolfgang Blum
Aura im Sinngrund (SPD/FUBA)

Michael Gram
Rothenfels (SPD/UB/FB)

Georg Neubauer
Erlenbach (FWG/SPD)

Mario Paul
Lohr (SPD/Grüne)

Karl-Heinz Schöffner
Haßloch (SPD/FB)

Lorenz Strifsky
Thüngen (SPD)

Anna Stolz
Arnstein (FW/FWL/Grüne/SPD)

MIL:

Helmut Demel
Miltenberg (LiM/SPD/MWG)

Wolfgang Hörnig
Faulbach (SPD)

Michael Günther
Eschau (SPD)

AB-Land:

Gerhard Aulenbach
Rothenbuch (SPD)

Michael Dümig
Sailauf (SPD)

Werner Englert
Heigenbrücken (SPD)

Friedrich Fleckenstein
Laufach (SPD)

Rüdiger Stenger
Heimbuchenthal (SPD/FWG)

Felix Wissel
Mömbris (SPD)

WÜ-Land:

Thomas Benkert
Erlabrunn (UB/SPD/CSU/FWG)

Volker Faulhaber
Kist (SPD)

Stefan Hemmerich
Reichenberg (SPD)

Eva Maria Linsenbreder
Kleinrinderfeld (SPD)

Wolfgang Mann
Winterhausen (SPD)

Klaus Schmidt
Waldbüttelbrunn (SPD)

Stefan Wolfshörndl
Gerbrunn (SPD)

VOR ORT Unterwegs mit Verena Bentele



Mit Mughtar Al Ghusain, Verena Bentele, Sibylle Brandt (AG SelbstAktiv) und Alexander Kolbow (Fraktionsvorsitzender) am Hauptbahnhof Würzburg: Wir tun alles dafür, dass er bis zur Landesgartenschau 2018 barrierefrei umgebaut wird!

Die neue Behindertenbeauftragte der Bundesregierung ist eine alte Bekannte: Verena Bentele. Die 12-fache Goldmedaillengewinnerin bei den Winter-Paralympics war 2013 im Kompetenzteam von Christian Ude und macht nun Karriere in Berlin. Ich lud sie kurzfristig ein, um mit ihr zusammen in Würzburg und Gemünden die Themen Barrierefreiheit und Zweiter Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung zu besprechen. Unsere Stationen waren: Hauptbahnhof Würzburg (mit OB-Kandidat Mughtar Al Ghusain) - Hohenroth - Bahnhof Gemünden - Mainfränkische Werkstätten

Wernfeld (jew. mit Bürgermeisterkandidatin Inge Albert). Es waren tolle Stunden mit einer Frau, die alle begeistert hat mit ihrer lockeren, ungezwungenen Art.



Wie stehen die Chancen für Menschen mit Behinderung auf dem Ersten Arbeitsmarkt? Was muss die Politik tun, um Werkstätten für behinderte Menschen besser zu unterstützen? Das waren unsere Themen in Wernfeld in den Mainfränkischen Werkstätten. Mit dabei auch Frau Ast, Behindertenbeauftragte des Landkreises.



Klare Botschaft am Bahnhof Gemünden: Der barrierefreie Ausbau muss kommen - doch vorher muss der Bahnhof ins Ausbauprogramm der Bahn aufgenommen werden. Das wird schwierig genug.



Gruppenbild mit Weltmeisterin: entstanden nach dem Besuch in Hohenroth. Verena war begeistert von der Atmosphäre vor Ort und den vielen Öko-Produkten, die hier hergestellt bzw. angebaut werden. Sie ist selbst auf einem Bio-Bauernhof am Bodensee aufgewachsen.



Große Ehre - für Verena und Gemünden: Eintrag der erfolgreichsten deutschen Wintersportlerin aller Zeiten in das Goldene Buch der Stadt Gemünden



Auch Antenne Bayern war da: Interview im Bio-Laden von Hohenroth. Wer noch nicht dort war: hinfahren, einkaufen, Gutes tun!



Das Wichtigste: die Gespräche mit den Bewohnerinnen und Bewohnern am Rande der Führung durch Hohenroth



Verena packte mit an: in der Weberei der Dorfgemeinschaft Hohenroth werden wunderschöne Teppiche als Auftragsarbeiten hergestellt.

AUF EIN WORT



Die ersten 100 Tage der neuen Regierung sind vorüber. Deshalb hat sich die Bundestagsfraktion zu einer Klausur getroffen und erste Bilanz gezogen.

Ich meine, dass die SPD in der Legislative, also im Parlament, und auch in der Executive, also in der Regierung, gute Arbeit abgeliefert hat.

Mietpreisbremse und EEG statt Atomkraft

Die Mietpreisbremse wird eingeführt und die Maklergebühren bezahlen diejenigen, die bestellen. Das wurde auch Zeit.

Sigmar Gabriel ist mit dem EEG beschäftigt, das Anfang April im Kabinett vorgestellt wird. Dazu haben wir uns oft getroffen und ausgetauscht. Wenn der Strom immer teurer wird, dann verlieren die Erneuerbaren an Zustimmung und wenn es einen Blackout geben sollte, dann ist die Energiewende über Nacht beendet. Schuld daran ist Seehofer. Er will keine Windräder, keine Stromtrassen und keine Atomkraft – sagt er. Sein Ex-Minister Ramsauer spricht es offen aus: Die Verlängerung der Atomlaufzeiten. Das ist die Lösungskompetenz der CSU im Bereich Energiewirtschaft – gute Nacht.

Meine erste Rede: zum Mindestlohn!

Andrea Nahles hat dafür gesorgt, dass Menschen, die 45 Jahre lang Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt haben, ohne Abschlag in Rente gehen können.

Mitte März haben wir den Mindestlohn als Referentenentwurf ins Kabinett eingebracht. 5 Millionen Menschen werden davon profitieren, denn bei Ihnen liegt der Lohn unter 8,50 Euro.



Ich durfte zu diesem Thema meine erste Rede in der Kernzeitdebatte am Freitag, den 21. März, halten. Das hat mich als AfA-Mann und alter Gewerkschaftler natürlich ganz besonders gefreut. Eine Kollegin der CDU sagte in der Debatte, dass sozial ist, was Arbeit schafft. Ich stellte in meiner Rede dazu fest, dass dieser Satz falsch ist. Sozial ist, was gute Arbeit schafft. Das ist die Lösung. Hier hat unser Lebensabschnittgefährte nichts hinzugelehrt.

**Meine Rede als Video
& noch mehr Infos auf
bernd-ruetzel.de**

AUF EIN WORT

Wir geben den Ton an

Am Rande einer Ausschusssitzung habe ich durch Zufall gehört, wie sich drei Abgeordnete der Union darüber unterhalten, wie es Ihnen „stinkt“, dass die SPD den Ton in der Regierung angibt. Recht haben sie!



So kommt man in Berlin voran: mein neues Rad - ohne Gangschaltung, ohne Schnickschnack. Ein Rad, das in großen Firmen für Fahrten auf dem Betriebsgelände eingesetzt wird. Ich fahre damit von meinem Zimmer zum Büro und zum Bundestag.

Ich bin überzeugt, dass wir aus der letzten großen Koalition viel gelernt haben. Wenn wir nicht haarscharf am Koalitionsvertrag und damit am Votum der Mitgliederbefragung bleiben, bekommen wir eines auf die Mütze. Zuerst von unseren Mitgliedern und dann von den Wählerinnen und Wählern.

Ein prima Außenminister

Frank-Walter Steinmeier macht einen tollen Job. Er kam aus Brüssel direkt in die Fraktion und erläuterte uns die neuesten Entwicklungen in der Ukraine und der Krim. Es ist so, als wäre Frank-Walter nie weg gewesen aus dem Auswärtigen Amt.

Es geht jetzt um eine klare Deeskalationsstrategie. Es liegt natürlich auf der Hand zu sagen, dass es ein Unding ist, wenn ein Staat ein anderes Land oder Teile eines anderen Landes sich über Nacht unter den Nagel reißt – also annektiert. Das ist streng zu verurteilen. Aber so leicht ist es aber dann auch nicht. Es die Aufgabe der Diplomatie, sich damit zu beschäftigen, sich mit den Gründen dafür auseinander zu setzen. Michael Gorbatschow stimmte für die Deutsche Einheit unter der Bedingung, dass sich die Nato nicht bis nach Russland ausbreitet. Aber genau das ist passiert. Frank-Walter ist unermüdlich – Tag und Nacht – in Verhandlungen.

Kommunalwahlkampf

Wir waren alle die letzten Wochen stark im Kommunalwahlkampf eingebunden. Manche haben selber kandidiert. Ich wurde wieder in den Stadtrat von Gemünden und erstmals auch in den Kreistag von Main-Spessart gewählt. Dafür bedanke ich mich bei allen Wählerinnen und Wählern für die Stimmen und beim ganzen Wahlkampfteam für die tolle Arbeit. Jetzt waren wir bis Sonntag noch einmal in der Verlängerung und

AUF EIN WORT

wollten all unsere Kandidatinnen und Kandidaten als Sieger aus den Stichwahlen gehen sehen. Das ist uns leider nicht überall gelungen. Allen neu oder wieder gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern gratuliere ich zur Wahl.

Europawahl steht an



Martin Schulz:
unser Spitzenkandidat für Europa

Und wie sagt das Sprichwort: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Am 25. Mai ist Europawahl. Erstmals kann ein Deutscher Kommissionspräsident werden. Der Sozialdemokrat und überzeugte Europäer Martin Schulz hat einen Bekanntheitsgrad von über 70% - das ist enorm viel! Gewählt wird er von der Kommission und vom Parlament. In der Kommission haben die Sozialdemokraten mit 12 zu 11 die Mehrheit. Jetzt kommt es darauf an, wie sich das neue Parlament zusammensetzt. Und nur dieses Parlament können wir alle am 25. Mai

wählen. Unsere unterfränkische Spitzenkandidatin Kerstin Westphal (Schweinfurt) ist dafür in ganz Franken unterwegs.

Soziales Europa

Wir brauchen ein sozialeres Europa. Ein Europa, das sich um Steuerschlupflöcher kümmert und für Gerechtigkeit sorgt. Ein Europa, das sich um Jugendarbeitslosigkeit kümmert und ein Europa, das näher an die Menschen rückt.

Wahlkampf gegen Rechts

Dieser Wahlkampf ist vor allem ein Wahlkampf gegen Rechts. Wer, wenn nicht wir, stellt sich der braunen Masse entgegen, die sich anschickt, das Europaparlament zu entern. Wenn wir unsere Wählerinnen und Wähler nicht mobilisieren, werden wir zusehen müssen, wie in Europa die Rechten wieder Oberwasser bekommen. Ich meine: Das alleine ist ein Grund, die Ärmel hochzukrempeln und erneut in den Wahlkampf zu starten – so anstrengend die letzten Monate auch waren.

Jetzt haben wir die Chance, lasst uns Wahlkampf machen für Martin Schulz, für Europa, für die Sozialdemokratie.

VOR ORT



Bundestag vor Ort: Eröffnung der Wanderausstellung des Bundestages in Lohr Ende März



Datensicherheit: Zu Besuch bei der Firma apsec in Großwallstadt. Geschäftsführer Volker Röthel informierte mich über neue IT-Produkte gegen Patentdiebstahl und Industriespionage. Spannendes Thema!



Aus-Knopf gesucht: mit unserer Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter im AKW Grafenrheinfeld, das 2015 abgeschaltet wird. Wichtig war uns insbesondere das Gespräch mit dem Betriebsrat zur sozialen Abfederung des Stellenabbaus bzw. zum Thema Arbeitsplatzsicherung während der Rückbau-Phase.



Freundschaftsdienst: hier verlege ich keine NSA-abhörsicheren Leitungen im Büro, sondern löse ein Versprechen ein und helfe einem Freund auf seiner Baustelle. Muss auch mal sein bei all der Kopfarbeit sonst.



Interessiert: Am Rande der sehr gut gestalteten Bundestags-Ausstellung stand ich Schülerinnen und Schülern an zwei Tagen Rede und Antwort. Hier eine Klasse des Friedrich-List-Gymnasiums aus Gemünden.



Bayernhafen Aschaffenburg: mit Hafendirektor Wolfgang Filippi im Gespräch. 65 Unternehmen aus Logistik, Produktion, Recycling, Dienstleistung und Versorgung nutzen den Hafen als Unternehmensstandort. Mit ca. 2.500 Mitarbeitern in den angesiedelten Firmen und einem indirekten Arbeitsmarkteffekt von ca. 14.000 Beschäftigten ist der Bayernhafen ein regionalwirtschaftliches Schwergewicht.

AUS DEM PARLAMENT

Girls Day mit Anna Deißener

Wie sieht der Arbeitstag einer Politikerin aus? Und hat Politik etwas mit mir zu tun? Diese Fragen konnte Anna Deißener, Schülerin am Johann-Schöner-Gymnasium in Karlstadt, am 27. März, dem bundesweiten „Girls' Day“, in Berlin selbst stellen. Dort wartete ein abwechslungsreiches Programm auf sie und 69 weitere Schülerinnen, die unter dem Motto „Mehr Mädchen in die Politik“ bei der SPD-Bundestagsfraktion zu Gast waren. Los ging es am Anreise-



70 Mädchen aus ganz Deutschland waren am Girls' Day bei der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin zu Gast.

tag, dem 26. März, mit einer Besichtigung des Reichstagsgebäudes. Am folgenden Tag erfuhren die Mädchen bei einem Planspiel, wie ein Gesetzentwurf eingebracht und verabschiedet wird und wie es in Kraft tritt. Außerdem standen den Teilnehmerinnen erfahrene Politikerinnen Rede und Antwort. Wir brauchen mehr Frauen in der Politik. Deshalb beteiligt sich die SPD am „Girls' Day“. Ich freue mich, dass ich einer von 70 Abgeordneten sein konnte, der ein Mädchen nach Berlin einladen durfte.

Equal Pay Day - gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Am 21. März fand der Equal Pay Day statt. Der internationale Aktionstag für die Entgeltgleichheit weist auf die nach wie vor großen Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern hin. Es wird höchste Zeit, gegen Lohndiskriminierung auch in Deutschland vorzugehen. Denn auch 2014 besteht nach wie vor eine Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern. Frauen bekommen im Schnitt ein Fünftel weniger als Männer. Es ist höchste Zeit, mit konkreten Maßnahmen gegen diese Lohndiskriminierung vorzugehen. Appelle allein reichen nicht aus.

Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag auf gesetzliche Maßnahmen zur Herstellung von Lohngleichheit verständigt. Beispielsweise werden wir verbindliche Verfahren entwickeln, mit denen Arbeitgeber gemeinsam mit den Beschäftigten im Unternehmen für Entgeltgleichheit sorgen können. Doch auch Unterschiede bei der Branchen- und Berufswahl, ein geringer Anteil von Frauen in Führungspositionen und die häufige Teilzeitarbeit sind Ursachen für die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen. Hier besteht weitreichender Handlungsbedarf: Dazu zählen unter anderem die gesetzliche Frauenquote für bessere Aufstiegsmöglichkeiten in Führungspositionen, qualitativ und quantitativ bessere Betreuungsmöglichkeiten sowie eine gerechtere Verteilung der Berufs- und Familienarbeit.

AUS DEM PARLAMENT

Mietpreisbremse

Der Wohnungsmarkt ist heiß umkämpft, langjährige Mieter werden aus ihren Wohnbezirken gedrängt, Wohnen in der Stadt ist für viele Normalverdiener zum Luxusgut geworden. Deshalb braucht es eine Mietpreisbremse. Ich begrüße daher den von Bundesjustizminister Heiko Maas vorlegten Gesetzentwurf. Die Reichen leisten sich die City, Normalverdiener werden in Außenbezirke abgeschoben. Das kann nicht die Zukunft unserer Städte sein. Unsere Städte sollen Heimat für Millionen Menschen aller Einkommensgruppen sein und bleiben. Hierzu leistet eine Mietpreisbremse einen wichtigen Beitrag.

Experiment der Kopfpauschalen beendet

Das Bundeskabinett hat endlich das Ende der Kopfpauschalen beschlossen. Die Kassen erheben in Zukunft wieder einkommensabhängige Beiträge und Zusatzbeiträge. Außerdem können sie über die Höhe ihrer Beitragssätze wieder selbst bestimmen.

Der Gesetzentwurf, den das Bundeskabinett beschlossen hat, hält sich sehr eng an die Vorgaben, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Wir sehen das als Beleg für die gute und konstruktive Arbeit in der Koalition. Die Änderungen bei den Krankenkassenbeiträgen beenden endgültig das gescheiterte Experiment der Kopfpauschalen, schaffen viel unnötige Bürokratie ab, entlasten den Bundeshaushalt und geben den

Kassen die Entscheidungshoheit über die Höhe ihres Beitragssatzes zurück.

So positiv diese Änderungen sind, so schmerzlich ist für mich das Zugeständnis an unsere Koalitionspartner, dass Beitragssteigerungen zunächst nur von den Mitgliedern, von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Rentnerinnen und Rentnern bezahlt werden müssen, die Arbeitgeber jedoch vorerst geschont werden. Die SPD wird sich an dieser für uns schwierigen Stelle an den Koalitionsvertrag halten.

Ich darf an dieser Stelle aber betonen, dass damit der Arbeitgeberbeitrag nicht für alle Zeiten festgeschrieben wird.

Sehr große Hoffnungen setze ich in die Gründung eines Instituts für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen. Hier kommt es mir darauf an, dass Patientinnen und Patienten verlässliche und verständliche Informationen bekommen, die ihnen bei der Auswahl einer bestimmten Therapie aber auch bei der Entscheidung für ein bestimmtes Krankenhaus helfen.

Jetzt beginnt das parlamentarische Beratungsverfahren und auch in diesem Fall wird das Struck'sche Gesetz gelten, wonach kein Gesetz das Parlament in derselben Fassung verlässt, in der es hineingekommen ist.

**Noch mehr Politik der
Bundestagsfraktion:
spd-fraktion.de**